

*(12)
2,5 Mio. Parteimitglieder auf Wanderschaft

Nach Informationen der Hongkonger *Mingbao* (3.2.95, nach SWB, 9.2.95) befindet sich zur Zeit knapp ein Zwanzigstel der gesamten KPCh-Mitgliedschaft (1994: 54 Mio.) auf Wanderschaft innerhalb Chinas. Die "Wandergenossen" gehören meist zu den ländlichen Arbeitssuchenden und Kleinunternehmern, die ihr Glück in den städtischen Ballungsräumen Chinas suchen.

Auch offizielle Medien haben in den letzten Monaten wiederholt auf eine dadurch hervorgerufene Destabilisierung mancher örtlicher Parteizellen hingewiesen. Der Revitalisierung der Basisorganisationen gilt zur Zeit die besondere Aufmerksamkeit der Parteizentrale. Im Gefolge der ZK-Plenartagung vom September 1994 sollen inzwischen mehr als 400.000 Kader höherer Ebenen in rund 32.000 Dörfer entsandt worden sein, um eine "Ausrichtung" der dortigen Parteizellen vorzunehmen. (Xinhua, 8.2.1995, nach SWB, 11.2.95)

Für die dörflichen KP-Basisorganisationen, die häufig nur aus einer Handvoll Mitglieder bestehen, erwachsen aus den Abwanderungsbewegungen Probleme, da es sich nicht selten um besonders agile Parteimitglieder handelt, die das Wagnis der Arbeitssuche oder unternehmerischen Betätigung in den Städten auf sich nehmen.

Die Parteizentrale versucht den abwanderungsbedingten Auflösungserscheinungen an der Parteibasis durch einen "Mobilitätsausweis" entgegenzuwirken, der nun an die betreffenden Parteimitglieder verteilt werden soll: Nach der Ankunft an ihrem Zielort sollen sich diese künftig bei den dortigen Parteiorganisation registrieren lassen, an Parteisitzungen teilnehmen und ihre Mitgliedsbeiträge entrichten. Bisher haben viele "Wandergenossen" ihr Leben fern der Heimat offenbar dazu genutzt, sich klammheimlich den aus der Parteimitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu entziehen. -hei-

*(13)
Mehr Auslandsreisen bewilligt

Die chinesischen Behörden haben im Jahre 1994 rund 705.000 Bürgern eine Reise ins Ausland genehmigt. 1993 hatte die Zahl der bewilligten Ausreisen noch um rund 11.000 niedriger gele-

gen. Geschäftliche und berufliche Zwecke, Besuche von Verwandten und Freunden, Auslandsstudien oder auch bloß touristische Interessen zählten zu den am häufigsten in den Anträgen genannten Gründen.

Während in den drei Jahrzehnten zwischen 1949 und 1979 insgesamt nur 200.000 Chinesen ins Ausland hatten reisen dürfen, haben seit der Einleitung der Öffnungspolitik 1979 schon mehr als 3,33 Mio. Chinesen eine Reise ins Ausland unternehmen können. Sprunghaft gesteigert hatte sich die Zahl der Auslandsreiseanträge nach 1986, als die restriktiven Bestimmungen gelockert wurden. (Xinhua, Beijing, 23.2.1995, nach SWB, 24.2.1995)

Der Anteil der "auslandserfahrenen" Chinesen an der Gesamtbevölkerung ist trotz dieser Lockerungen unverändert gering und liegt bei rund 0,3 Prozent. Die schätzungsweise mehrere hunderttausend Menschen umfassende Gruppe der illegalen Auswanderer ist in dieser Zahl allerdings nicht eingeschlossen. -hei-

Kultur

*(14)
Umstrukturierung der Akademie der Sozialwissenschaften

Die Reform der Akademie der Sozialwissenschaften (vgl. dazu C.a., 1994/2, Ü 14) nimmt konkrete Formen an. Auf ihrer diesjährigen Arbeitstagung wurde ein Planentwurf zur Neuordnung der Forschungsstruktur vorgelegt, der innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre umgesetzt werden soll. Von insgesamt 300 an der Akademie vertretenen Fächern (*xueke*) sollen 40 abgeschafft werden; außerdem sollen 30 von insgesamt 210 Forschungsabteilungen (*yanjiushi*) aufgelöst werden (vgl. GMRB, 18.2.95; s.a. XNA, 17.2.95).

Die Akademie besteht derzeit aus 31 Forschungsinstituten und einem Forschungszentrum; sie decken fast das gesamte geistes- und sozialwissenschaftliche Spektrum ab. Diese Vollständigkeit soll zugunsten der Förderung bestimmter Schwerpunkte aufgegeben werden, zumal auf einer ganzen Reihe von Gebieten nichts geleistet wird. Von seiten der Akademie heißt es, daß von den

300 Fächern nur ein Drittel hervorragende Erfolge aufweise und über 20 Prozent aufgrund der personellen, materiellen und finanziellen Ausstattung nicht die erforderliche Leistung erbrächten (GMRB, ebd.).

Im einzelnen sollen ca. 100 wichtige Forschungsgebiete verstärkt ausgebaut werden, darunter die folgenden:

- in der Wirtschaftswissenschaft z.B. Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Situation, Industriestandorte und Regionalwirtschaft, Management von Industriebetrieben und ökologische Wirtschaft auf dem Lande;
- in der Geschichtswissenschaft moderne politische Geschichte, die Geschichte der chinesisch-ausländischen Beziehungen und die Geschichte der Grenzgebiete;
- in der Philosophie, Religionswissenschaft und Zeitungswissenschaft die Erforschung der Prinzipien der marxistischen Philosophie, die Geschichte der chinesischen Volksreligion und marxistisches Nachrichtenwesen;
- auf dem Gebiet internationale Probleme die Erforschung der Weltwirtschaft und der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer.

Gut 20 Fächer, die für die Modernisierung dringend erforderlich sind, sollen besonders gefördert werden, darunter

- die Theorie eines Sozialismus chinesischer Prägung,
- die sozialistische Marktwirtschaft und Ethik,
- religiöse Fragen im heutigen China,
- Investitionen und Markt,
- Bevölkerung und Entwicklung
- und internationale Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum.

Eine ganze Reihe von Fächern und Forschungsinstituten, die seit langem keine Fortschritte erzielt und keine Perspektiven haben, sollen abgeschafft, verkleinert oder nötigenfalls zusammengelegt werden. Betroffen sind z.B. die folgenden Fächer:

- In der Industriebirtschaft wird die Forschungsabteilung für Betriebsmanagement aufgelöst zugunsten der Einrichtung je einer Forschungsabteilung für Betriebssysteme, für Betriebswirtschaft und Management von Industriebetrieben und für Mittel- und Kleinunternehmen.
- In der Politologie wird die Forschungsabteilung für vergleichende Politik abgeschafft; statt dessen werden zwei Abteilungen für Politische Systeme und Verwaltungswissenschaft eingerichtet.

- In der Soziologie wird eine Forschungsabteilung für Soziale Sicherheit eingerichtet.
- In der Philosophie werden die Forschungsabteilungen für dialektischen Materialismus, für moderne chinesische Philosophie und für die Geschichte der westlichen Philosophie zusammengelegt.
- Was den Marxismus-Leninismus betrifft, wird die Forschung über marxistische Philosophie und Politökonomie abgeschafft und statt dessen eine Forschungsabteilung für den Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung geschaffen. (GMRB, 18.2.95)

Außer der Neustrukturierung der fachlichen Ausrichtung der Akademie der Sozialwissenschaften wurde auf der Arbeitstagung das seit längerem diskutierte Projekt zur Heranbildung kompetenten Personals für die Zeit nach der Jahrhundertwende verabschiedet. Innerhalb eines Zeitraums von fünf bis zehn Jahren sollen etwa 200 wissenschaftliche Führungskräfte zwischen 40 und 50 Jahren ausgebildet und auch von außen engagiert werden, die sowohl im Marxismus als auch in ihrer jeweiligen Disziplin ein hohes Niveau haben. Zusätzlich sollen für die Akademie rund 100 Verwaltungskader ausgebildet werden, von denen mindestens die Hälfte unter 45 Jahre alt sein soll. Diese Verwaltungsleute sollen marxistisch geschult, zugleich aber auch mit sozialwissenschaftlicher Arbeit vertraut sein. Unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses sollen auch die Post-Doc-Arbeit durch Schaffung von zehn neuen Post-Doc-Stationen in der Akademie sowie die Aus- und Weiterbildung im Ausland gefördert werden. (Ebd.)

Nicht zuletzt soll an der Akademie das Leistungsprinzip praktiziert werden, d.h. das Forschungspersonal soll ständig begutachtet und durch Belohnungen im Wettbewerb zu Leistungen motiviert werden. Dabei sollen die Gehälter von der Leistung abhängig sein. Konkret werden 30 Prozent des Gehaltes des einzelnen Mitarbeiters variabel gestaltet. Wer bei der jährlichen Überprüfung gut abschneidet, erhält auf 30 Prozent seines Gehaltes eine zehnpromzentige Zulage, wer ungenügende oder keine Leistung erbringt, dem werden die 30 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt bzw. ganz abgezogen. Überzähliges Personal wird dazu ermuntert, sich eine andere Stelle zu suchen oder vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, oder es wird ein Mindesteinkommen garantiert. (Ebd.)

Zusammenfassend lassen sich vier wesentliche Gründe für die Reform der Akademie nennen:

1. Es muß Geld gespart werden. Mit über 4000 Mitarbeitern ist die Akademie der Sozialwissenschaften zu einem unbeweglichen bürokratischen Apparat geworden, der große Summen verschlingt (im Jahre 1994 erhielt die Akademie aus öffentlichen Mitteln 119,31 Mio. Yuan Zuwendungen + 36 Mio. Yuan zum Ausbau ihrer Infrastruktur; XNA, 16.2.95) und Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich macht. Zu diesen gehören die Aufgabe nicht mehr relevanter Fachgebiete, die Schließung und Zusammenlegung von Instituten und Personaleinsparungen.
2. Der durch die Reformpolitik hervorgerufene sozioökonomische Wandel erfordert eine Anpassung der teilweise veralteten Forschungsstruktur an die neuen Bedingungen. Insbesondere die auf die Planwirtschaft ausgerichteten betriebswirtschaftlichen Fächer gilt es durch moderne volks- und betriebswirtschaftliche Fächer zu ersetzen. Bemerkenswert ist vor allem die Einstellung der Forschung in marxistischer Philosophie und Politökonomie und statt dessen die Einrichtung einer Forschungsabteilung zum Studium des Sozialismus chinesischer Prägung. Zwar bedeutet dies keine Absage an den Marxismus, ganz im Gegenteil: Wie der Vizepräsident der Akademie Wang Renzhi betonte, soll die Akademie auch weiterhin eine starke Bastion für Marxismus-Studien bleiben (SCMP, 16.2.95). Auch wird weiterhin auf den marxistischen Standpunkt der wissenschaftlichen Mitarbeiter geachtet. Dennoch zeigt die Neuordnung auf diesem Gebiet an, daß sich auch die Haltung gegenüber dem Marxismus wandelt und Orthodoxie nicht mehr alles ist. Schließlich läßt sich, ideologisch gesehen, unter dem Stichwort "Sozialismus chinesischer Prägung" vieles subsumieren. Selbst Wang Renzhi, der Vizepräsident der Akademie, beteuerte, man wolle alle Denkschulen und Freiheit der Diskussion an der Akademie zulassen (ebd.).
3. Die Personalstruktur muß reformiert werden, weil der Mitarbeiterstab, insbesondere im Forschungsbereich, überaltert ist und teilweise nicht

mehr in der Lage ist, seine Forschungsarbeit den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Nachwuchsförderung wurde lange Zeit vernachlässigt und ist nun um so dringlicher geworden.

4. Die Akademie nimmt für sich in Anspruch, als "think tank" der Regierung zu fungieren. Sie ist bestrebt, ihre Stellung als zentrale Eliteinstitution für geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung zu halten, obgleich diese Position angesichts der zunehmenden Konkurrenz durch lokale Akademien und durch die Universitäten herausgefordert wird. Um dem Konkurrenzdruck standzuhalten, muß sich die Akademie auf relevante Forschungsschwerpunkte konzentrieren, alten Ballast abwerfen und sich zu einer leistungsstarken, kompetenten Forschungsinstitution entwickeln.

-st-

*(15)

Regelung chinesisches-ausländischer Kooperation im Schulwesen

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich "Vorläufige Bestimmungen über chinesisches-ausländische Kooperation beim Betreiben von Schulen" erlassen. Damit ist die Zusammenarbeit mit dem Ausland im Schulwesen erstmalig seit Beginn der Bildungsreform auf eine legale Basis gestellt worden. Von offizieller Seite ist die Zusammenarbeit mit dem Ausland auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren zunehmend befürwortet worden, weil man die Expertise des Auslands, namentlich in der beruflichen Bildung, vor allem aber zusätzliche Finanzmittel aus dem Ausland benötigt. Allerdings wird streng darauf geachtet, daß China die Kontrolle über die Kooperationsprojekte behält und seine "Souveränität" im Bildungswesen nicht angetastet wird.

Auf einer Pressekonferenz gab die stellvertretende Erziehungsministerin Wei Yu Einzelheiten der neuen Bestimmungen bekannt (vgl. RMRB, 16.2.95; XNA, 16.2.95). In Kooperation mit einem ausländischen Partner können Schulen aller Ebenen und Typen betrieben werden; ausgenommen sind allerdings Schulen im Bereich der Pflichtschulbildung, also der Klassen 1-9 (Grundschule und Sekundarstufe I), sowie Schulen, für die der Staat Sonderbestimmungen hat (laut XNA, 16.2.

95, z.B. Polizei- und Militärschulen). Die Zusammenarbeit mit dem Ausland wird insbesondere auf dem Gebiet der beruflichen Bildung gefördert. Zur Bedingung wird gemacht, daß die chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsschulen chinesischen Gesetzen und Bestimmungen unterstehen, daß sie die bildungspolitische Richtung Chinas einhalten, der Notwendigkeit der Entwicklung des chinesischen Bildungswesens und dem Erfordernis der Ausbildung von Fachleuten entsprechen, Bildungsqualität gewährleisten, keinen Profit erzielen wollen und nicht den Interessen des Staates und der Gesellschaft schaden.

Hinsichtlich der Partner von außerhalb des chinesischen Territoriums wird folgendes verfügt: Keine Organisation oder Einzelperson von außerhalb des chinesischen Territoriums darf von sich aus Schulen oder andere Bildungsinstitutionen zum Zwecke der Unterrichtung chinesischer Bürger gründen. Auf chinesischer Seite muß der Kooperationspartner eine Bildungsinstitution oder eine andere gesellschaftliche Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit sein. Der ausländische Partner muß eine ausländische Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit sein, kann auch eine internationale Organisation oder eine Einzelperson sein, darf aber keinesfalls eine religiöse Organisation oder eine Einzelperson, die eine religiöse Organisation repräsentiert, sein. Partner aus Hongkong oder Macao, entweder eine Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit oder eine Einzelperson, können auf dem Festland gemeinsam mit einer Institution mit eigener Rechtspersönlichkeit Schulen betreiben und unterliegen dann diesen Bestimmungen. Wenn Partner aus Taiwan, sei es eine nichtoffizielle Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit oder eine Einzelperson, im Schulwesen kooperieren wollen, dann wird von der staatlichen Erziehungsverwaltung gemeinsam mit den zuständigen Behörden extra entschieden (d.h. diese Bestimmungen finden für Taiwan keine Anwendung, da Taiwan nicht als Ausland gilt).

Was die Frage der Diplome angeht, so ist es den ausländischen Partnern im Prinzip nicht gestattet, selbständig Diplome auszuteilen. Solche ausländischen Bildungsinstitutionen, die in ihrem Land zur Vergabe von Zeugnissen und Diplomen autorisiert sind und zugleich international einen guten Ruf genießen, müssen, wenn sie bei einer Zusammenarbeit Zeugnisse über ihre Bil-

dungsgänge und Diplome ausgeben wollen, zuvor die Genehmigung der zuständigen staatlichen Behörden Chinas einholen. Aber bezüglich der Anerkennung dieser Bildungsgänge und Diplome wird China gemäß den staatlichen Bestimmungen verfahren. Eine Partnerorganisation, die Berufsbildung durchführt, kann Diplome über berufliche Qualifikation verleihen, wie sie im Land des ausländischen Partners genehmigt sind. (RMRB, 16.2.95)

Der Präsident oder Leiter einer gemeinschaftlich betriebenen Bildungsinstitution muß ein in China lebender Chinese sein. Die Gemeinschaftsschulen selbst sollen möglichst nur Chinesen aufnehmen. (XNA, 16.2.95)

Nach Auskunft der stellvertretenden Erziehungsministerin gibt es in China derzeit schon über 70 chinesisch-ausländische Gemeinschaftsprojekte im Bildungswesen, und zwar in 20 Provinzen. Von diesen 70 Schulen bieten 20 formale Studiengänge auf Hochschulebene an, gut 20 sind tertiäre Bildungseinrichtungen mit nichtformalen Studiengängen, über zehn sind Berufsausbildungszentren auf Sekundarschulebene, und dann gibt es noch Kindergärten (RMRB, 16.2.95). Weitere Anträge aus dem Ausland auf gemeinschaftlich betriebene Bildungsinstitutionen sollen u.a. aus Japan, Südkorea, Malaysia, Singapur, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Kanada und den Vereinigten Staaten vorliegen (XNA, 16.2.95).

Die Zusammenarbeit, das verdeutlichen die Verlautbarungen, beschränkt sich im wesentlichen auf den tertiären Sektor und auf die berufliche Bildung. In der gesetzlich festgelegten neunjährigen Pflichtschulbildung ist ausländische Beteiligung nicht erwünscht, für diese fühlt sich China selbst verantwortlich. Spenden vom Ausland oder von Auslandschinesen sind allerdings auch für die Grundbildung willkommen, dürfen aber nicht mit Auflagen verbunden sein. In jedem Falle möchte China verhindern, daß von ausländischer Seite Einfluß im Schul- und Bildungswesen ausgeübt wird. Zu lebendig ist noch die Erinnerung an die Zeit zwischen etwa 1870 und 1949, als ein großer Teil des Bildungswesens in China in der Hand westlicher Missionsgesellschaften lag. Die Zusammenarbeit mit dem Ausland im Bildungswesen ist im nichtformalen Sektor zwar gewünscht, aber nur zu Chinas Konditionen. -st-

*(16)

Staatliche Überprüfung der Bildungsarbeit

Bei der diesjährigen staatlichen Überprüfung der Bildungsarbeit, so wurden die Leiter der Abteilungen für die Inspektion des Bildungswesens auf einer nationalen Konferenz kürzlich unterrichtet, soll nach fünf Kriterien kontrolliert werden:

1. Inwieweit ist der Grundsatz umgesetzt, daß die Elementarbildung absolute Priorität hat, und wie sehen die Planungen und Erfolge hinsichtlich der Erfüllung der "beiden grundlegenden Aufgaben", also der Einführung der neunjährigen Schulpflicht und der Abschaffung des Analphabetentums, aus?
2. Inwieweit werden die vom Staatsrat und von einzelnen Provinzen erlassenen Richtlinien bezüglich der Kosten eingehalten?
3. Inwieweit wird das Lehrgesetz eingehalten, insbesondere hinsichtlich der Gehälter der Lehrer, der Lösung des Wohnungsproblems, der Verwirklichung der Politik gegenüber den (nichtstaatlichen) *min-ban*-Lehrern (diese sollen schrittweise in den öffentlichen Dienst übergeleitet werden) und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern der Sekundarstufe I?
4. Inwieweit werden die Verfügungen "Einige Auffassungen des ZK betreffs weiterer Stärkung und Reform der Moralerziehung an den Schulen" und "Programm zur Erziehung in Patriotismus" verwirklicht?
5. Inwieweit ist die übermäßige Belastung der Schüler im Rahmen der Pflichterziehung (Klasse 1-9) reduziert worden?

Unter diesen fünf Punkten werden die Überprüfung der Kosten und die Einhaltung des Lehrgesetzes als die wichtigsten bezeichnet. (RMRB, 25.2.95)

Die Überprüfung der Bildungsarbeit wird von der Staatlichen Erziehungskommission im Auftrag des Staatsrates gemeinsam mit dem Ausschuß des Nationalen Volkskongresses für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit und dem Bildungsausschuß der Politischen Konsultativkonferenz organisiert (ebd.). Für die Durchführung der Überprüfung sind die Provinzen verantwortlich. Sie müssen die einzelnen Kreise untersuchen.

An dem vorgegebenen Katalog der zu überprüfenden Fragen lassen sich die derzeitigen Probleme des chinesischen

Schulwesens ablesen. Trotz aller Propaganda, dem Erziehungswesen prioritäre Bedeutung beizumessen, wird insbesondere auf dem Lande zu wenig in Schulen investiert. Die "beiden grundlegenden Aufgaben", die eigentlich bis zum Jahr 2000 verwirklicht sein sollen, haben bisher nur etwa ein Viertel aller Kreise und Städte verwirklicht (vgl. C.a., 1995/1, Ü 14). Bei den Finanzen für das Schulwesen drückt vor allem das Problem der hohen Gebühren, die die Schulen den Eltern abverlangen und in ärmeren ländlichen Gegenden oft zum Schulabbruch führen. Die im Lehrgesetz verfügte Besserstellung der Lehrer wird zu Recht als wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Bildungswesens angesehen. Doch nach wie vor haben Lehrer ein schlechtes Ansehen, werden schlecht entlohnt und leben zumeist in armseligen Verhältnissen. Die Partei legt unverändert großen Wert auf die moralische Bildung der Schulkinder; sie verlangt vor allem eine Erziehung zu Patriotismus. Schließlich stellt die übermäßige Belastung der Schulkinder ein vieldiskutiertes Problem dar (vgl. z.B. GMRB, 2. u. 23.2.95; RMRB, 18.2.95). Die Überforderung der Kinder durch ein hartes Prüfungssystem für jede höhere Schulstufe hat in den letzten Jahren immer mehr um sich gegriffen. Sie hängt mit dem Statusdenken der Chinesen zusammen, das sich an den erlangten Bildungsgraden orientiert. Zumal in die Einzelkinder stecken die Familien zu große Erwartungen, und unter diesem Erfolgsdruck treten vielfach physische und psychische Schäden bei den Kindern auf. -st-

*(17)

Chinesische Kultur einigendes Band zwischen Taiwan- und Festlandchinesen

Unter den acht Punkten, die Jiang Zemin in seiner Rede über die friedliche Vereinigung des Festlands mit Taiwan zum chinesischen Neujahrsfest hielt (Wortlaut der Rede abgedruckt in RMRB, 31.1.95 u. GMRB, 1.2.95), ist Punkt 6 der chinesischen Kultur gewidmet. Diese wird als einigendes Band zwischen allen Chinesen des Festlands und Taiwans hingestellt und damit suggeriert, daß sie ein starkes Motiv für den Einheitswillen des chinesischen Volkes darstellt. Wörtlich lautet Punkt 6:

Die glänzende fünftausendjährige Kultur, die die Söhne und Töchter aller Nationalitäten Chinas gemein-

sam geschaffen haben, ist von Anfang bis Ende ein die Chinesen in ihrer Gesamtheit bewahrendes geistiges Band gewesen, sie ist auch eine wichtige Grundlage für die Verwirklichung der friedlichen Vereinigung. Die Landsleute zu beiden Seiten der Taiwanstraße müssen die großartige Tradition der chinesischen Kultur gemeinsam erben und weiterentwickeln.

Diese Aussage wurde in der Volksrepublik vor allem in Kulturkreisen mit Zustimmung aufgenommen. Sie stand beispielsweise auf einer Sitzung des Studienzentrums der Parteigruppe der Staatlichen Erziehungskommission, die sich mit der Rede befaßte, im Mittelpunkt. Erziehungsminister Zhu Kaixuan erklärte, es sei der gemeinsame Wunsch aller Erziehungskreise auf dem Festland und auf Taiwan, sich der Aufgabe der Ererbung und Weiterentwicklung der chinesischen Kultur gemeinsam anzunehmen. Er hoffe auf Ausweitung und Intensivierung der Kontakte und des Austauschs mit den Erziehungskreisen auf Taiwan, damit die großartige Tradition der chinesischen Kultur übernommen und weiterentwickelt und somit ein Beitrag zur friedlichen Vereinigung des Vaterlandes geleistet werden könne. (RMRB, 9.2.95)

Nun kann kein Zweifel bestehen, daß bei allem Auseinanderleben der Chinesen in der VR China und auf Taiwan die traditionelle chinesische Kultur eine gemeinsame Grundlage bildet, auf der Festland- und Taiwan-Chinesen zueinander finden können. Dennoch muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Pflege des kulturellen Erbes der Vergangenheit in der Volksrepublik und auf Taiwan in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedlich verlaufen ist. Während die der Guomindang nahestehenden Kreise seit den dreißiger Jahren eine nahezu ungebrochene Tradition konservativer Kulturpflege aufweisen können, hat es unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei mehrere Kehrtwendungen bezüglich der Behandlung des kulturellen Erbes gegeben, die von einer selektiven Nutzbarmachung für die eigenen politischen Ziele bis hin zur völligen Negation während der Kulturrevolution reichten. Nie trat die KPCh der kulturellen Tradition Chinas unvoreingenommen gegenüber, immer standen politische Interessen im Vordergrund, und das ist heute nicht anders. Zwar ist nicht zu übersehen, daß in Zeiten der Feindschaft zwischen den beiden Par-

teien auch die Haltung der Guomindang zum kulturellen Erbe von politischen Motiven geprägt war, aber sie tendierte eher zu orthodox-konservierender Kulturpflege, als daß sie zu derartigen Verdrehungen und Verfälschungen geführt hätte, wie sie auf dem Festland vorkamen.

Wenn die traditionelle Kultur, namentlich der Konfuzianismus, heute in der VR China von offizieller Seite positiv bewertet wird, so stehen dabei verschiedene politische Motive Pate, insbesondere das Bestreben, das nationale Selbstbewußtsein, die nationale Identität und den Zusammenhalt (die sog. "nationale Bindekraft") unter der Bevölkerung Chinas, einschließlich Taiwans, zu fördern. Jiang Zemin's Aussagen zum gemeinsamen Band der chinesischen Kultur (bei denen er sich wohlweislich einen Hinweis auf die sozialistische Kultur ersparte) machen deutlich, daß die Pflege des kulturellen Erbes nunmehr auch für die Wiedervereinigung mit Taiwan instrumentalisiert wird. Auf den ersten Blick mag hier eine Übereinstimmung zwischen der VR China und Taiwan auszumachen sein. Ob sich allerdings die politischen Implikationen, die bei der Pflege des kulturellen Erbes auf dem Festland eine Rolle spielen, mit der Sicht auf Taiwan ohne weiteres in Deckung bringen lassen, ist eine Frage, die gestellt werden muß.

Das gegenwärtige konziliante Klima zwischen den beiden Partnern läßt es allerdings auch auf Taiwan nicht opportun erscheinen, diese Frage zu stellen. Vielmehr wurde in den offiziellen Medien der Passus in Jiang Zemin's Rede über die chinesische Kultur freundlich aufgenommen, so z.B. in einem Leitartikel der *Zhongguo Shibao* (zitiert in: ZYRB, 9.2.95). Dort wird Jiang's Aussage (also Punkt 6) als eine ausgereifte Sicht bewertet und begrüßt, daß Jiang die Kultur als einen Kernpunkt in den beiderseitigen Beziehungen betrachtet. Auf kulturellem Gebiet hätten Taiwan und das Festland eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Auffassungen, und deshalb müsse die kulturelle Zusammenarbeit intensiviert werden, damit die chinesische Kultur Glanz und Größe entfalten könne. Zwischen den Zeilen sind jedoch auch kritische Töne auszumachen, wenn es in dem Leitartikel z.B. heißt, Taiwan habe für die Entwicklung der "großartigen Tradition der chinesischen Kultur" reichhaltige Beiträge geleistet, und in dieser Hinsicht könne das Festland von Taiwan lernen. Der Abstand zwischen Taiwan

und dem Festland in bezug auf die Pflege der traditionellen Kultur sei immer noch ziemlich groß, aber: Man freue sich, daß die KP-Führung ihre frühere Haltung geändert habe und nun mit der fünftausendjährigen Kultur an die Chinesen in aller Welt appelliere, sich zusammenzuschließen. -st-

*(18)

Dramatiker Xia Yan gestorben

Der berühmte chinesische Dramatiker Xia Yan ist am 6. Februar 1995 im Alter von 95 Jahren in Beijing verstorben (RMRB, GMRB, 7.2.95). Xia Yan war zugleich einer der bedeutendsten Kulturpolitiker der Volksrepublik, der zahlreiche offizielle Positionen bekleidete und auch in nachmaoistischer Zeit für Theater und vor allem Film eine große Rolle spielte. Einen Nachruf mit Biographie brachte die *Guangming-Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 18.2.1995.

Xia Yan wurde 1900 in Hangzhou/Zhejiang geboren. Er beteiligte sich 1919 an der Bewegung des 4. Mai und ging 1920 zum Studium nach Japan. 1924 trat er der Guomindang bei, nach dem Bruch zwischen Guomindang und KP im Jahre 1927 trat er der KPCh bei, betätigte sich in der Arbeiterbewegung und machte sich als Übersetzer einen Namen. 1929/30 wurde er für die Liga linksgerichteter Schriftsteller aktiv. In den 30er Jahren wurde er in Shanghai zum Pionier des chinesischen Films und verfaßte zahlreiche Filmdrehbücher und Dramen. Während des Krieges gegen Japan ging er von Shanghai nach Guangzhou, Guilin, Hongkong und Chongqing, wo er sich teilweise als Herausgeber verschiedener Zeitschriften betätigte und Dramen schrieb. Nach dem Kriege leistete er in Shanghai, Nanjing und Hongkong Kulturarbeit für die KPCh. Nach 1949 nahm er in Shanghai zahlreiche Aufgaben im Propaganda- und Kulturapparat der Partei wahr, bis er 1955 in Beijing u.a. stellvertretender Kulturminister und stellvertretender Präsident des Verbandes der Literatur- und Künstschaftenden wurde. Auch während dieser Zeit schrieb er mehrere Drehbücher und ein theoretisches Werk über "Probleme beim Verfassen von Drehbüchern". Während der Kulturrevolution wurde er abgesetzt und kritisiert, nach 1977 rehabilitiert. Auch jetzt gelangte er wieder in wichtige offizielle Ämter; so wurde er z.B. Vizepräsident der Gesellschaft für die Freundschaft mit dem Ausland und der Chinesisch-Japani-

schen Freundschaftsgesellschaft, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Literatur- und Künstschaftenden und Mitglied des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz. 1982 wurde er in die Zentrale Beraterkommission gewählt und hatte noch immer mehrere offizielle Positionen inne; so war er u.a. Präsident des Verbandes der Filmschaffenden sowie Berater der Chinesisch-Japanischen Freundschaftsgesellschaft.

In dem Nachruf wird Xia Yan als hervorragendes Mitglied der KPCh, als treuer kommunistischer Kämpfer, als einer der Wegbereiter der Bewegung für eine neue Kultur, als bemerkenswerter Führer auf kulturellem Gebiet, als herausragender revolutionärer Schriftsteller und Künstler und als jemand, der sich um die chinesische Filmkunst herausragende Verdienste erworben hat, gewürdigt. Noch im Oktober 1994 verlieh ihm der Staatsrat den Ehrentitel eines "Staatlichen Filmkünstlers mit herausragenden Verdiensten". (RMRB, 18.2.95)

Xia Yan gehört zu den großen Gestalten, die das chinesische Kulturleben im 20. Jh. nachhaltig beeinflußt haben. Sein Name ist eng mit der Bewegung für neues Theater und der Etablierung des Sprechtheaters verbunden, vor allem aber ist sein Name aus der Geschichte des chinesischen Films nicht wegzudenken. Seine Stücke freilich waren zu einem großen Teil propagandistisch gefärbt. In den letzten anderthalb Jahrzehnten seines Lebens hat er im wesentlichen eine konservative kulturpolitische Linie vertreten, wie sie den Auffassungen Deng Xiaopings und des Parteiestablishments entsprach. -st-

*(19)

Neue Kampagne für Familienplanung. Programm 1995-2000

Der 15. Februar 1995 wurde in China als Tag begangen, an dem die Bevölkerung Chinas die 1,2-Milliarden-Marke erreichte. Aus diesem Anlaß kamen einen Tag zuvor in der Großen Halle des Volkes in Beijing Vertreter der Propagandaabteilung, der Staatlichen Kommission für Geburtenplanung, der Staatlichen Planungskommission, des Staatlichen Statistikamtes, des Staatlichen Umweltamtes und anderer offizieller Organe zusammen, um auf die prekäre Bevölkerungssituation aufmerksam zu machen. Dabei nannte der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua fol-

gende Zahlen: Nach neuesten Berechnungen des Statistikamtes habe im Jahre 1994 die Geburtenrate 17 Promille, die Sterberate 6,49 Promille und die natürliche Zuwachsrate der Bevölkerung 11,21 Promille betragen. Im vergangenen Jahr seien 21,04 Mio. Babies geboren worden und 7,71 Mio. Menschen gestorben, das ergebe für 1994 eine Bevölkerungszunahme von 13,33 Mio. Menschen. Ende letzten Jahres habe die Bevölkerungszahl insgesamt 1,185 Mrd. betragen. Jeden Tag nehme die Bevölkerung um 36.000 Menschen zu. Am 15. Februar erreiche die Bevölkerung 1,2 Mrd. (ohne Hongkong, Macao und Taiwan). (RMRB, 15.2.95) Hätte man nicht seit den siebziger Jahren die Geburtenplanungspolitik durchgeführt, wäre die 1,2-Mrd.-Marke schon neun Jahre eher, also im Jahre 1986 erreicht worden (XNA, 15.2.95). Zwar ist es China nach den Worten Zou Jiahuas gelungen, die Geburtenrate von 1970: 33,43 Promille auf 1994: 17,7 Promille und die natürliche Zuwachsrate von 1970: 25,8 Promille auf 1994: 11,21 Promille zu senken (GMRB, 15.2.95). Dennoch bestehe kein Anlaß zu Optimismus. Eine grundlegende Bedingung Chinas sei, daß die Bevölkerung sehr groß sei, die landwirtschaftliche Nutzfläche abnehme und das Land wirtschaftlich und kulturell relativ rückständig sei. Deshalb würden sich trotz aller wirtschaftlichen Erfolge die Lebensbedingungen verschlechtern, und die Eindämmung des Bevölkerungswachstums sei weiterhin eine dringende Aufgabe. (RMRB, 15.2.95)

Die Dringlichkeit des Problems wird dadurch unterstrichen, daß der Staatsrat zeitgleich zum 15. Februar ein von der Staatlichen Kommission für Geburtenplanung ausgearbeitetes "Programm für die Geburtenplanungsarbeit Chinas für die Jahre 1995-2000" verabschiedete (XNA, 14.2.95). Der Wortlaut des Programms erschien in der RMRB am 24.2.95, S.11). Das Dokument besteht aus 10 Kapiteln und 40 Artikeln. Das Besondere an dem Programm ist, daß es das Schwergewicht auf Propaganda und Erziehung legt. Die wichtigsten Ziele und Aufgaben sind in Kapitel 2 aufgeführt:

- Zwischen 1995 und 2000 soll die Familienplanungsarbeit zu einem neuen Höhepunkt geführt werden. Grundlage für die Arbeit ist der "Beschluß des ZK und des Staatsrats über die Intensivierung der Geburtenplanungsarbeit und eine strengere Kontrolle des Bevölkerungswachs-

tums" vom 12. Mai 1991 (vgl. C.a., 1991/6, Ü 12). Es soll sichergestellt werden, daß das Bevölkerungswachstum eingeschränkt, die "Bevölkerungsqualität" erhöht und die Bevölkerungsstruktur verbessert wird, um die Bevölkerungsentwicklung der sozioökonomischen Entwicklung anzupassen, mit dem Umweltschutz und der Ressourcennutzung in Einklang zu bringen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren.

- Bis zum Jahre 2000 soll die Bevölkerung (ohne die Taiwans) auf nicht mehr als 1,3 Mrd. anwachsen, bis Ende 1995 auf nicht mehr als 1,23 Mrd. Die natürliche Zuwachsrate der Bevölkerung soll bis zum Jahr 2000 auf unter 10 Promille gesenkt werden.
- Die Regierungen aller Ebenen tragen für die Bevölkerungsplanung in ihrem Gebiet die Verantwortung. Sie haben die Arbeit zwischen den Behörden zu koordinieren und eine umfassende Kontrolle durchzuführen.
- Die Geburtenplanung muß in die Gesamtplanung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung integriert werden.
- Die Gesellschaft soll dazu angeleitet werden, weniger Kinder in die Welt zu setzen, schneller reich zu werden und bescheidenen Wohlstand zu erreichen.
- Es soll an der Verbindung zwischen staatlicher Lenkung und Freiwilligkeit der Bevölkerung festgehalten werden. Die Richtung der Familienplanungsarbeit wird durch "drei Prioritäten" (*san wei zhu*) bestimmt: Propaganda und Erziehung haben Vorrang, Verhütung hat Vorrang, und Kontinuität hat Vorrang.
- Das Bestreben muß dahin gehen, das wissenschaftlich-technische Niveau der Geburtenplanung anzuheben.
- Der Schwerpunkt der Arbeit muß auf dem Lande liegen, insbesondere in den bevölkerungsreichen Provinzen und den wirtschaftlich ungenügend entwickelten Gebieten.

Kapitel 3 ist der gesetzlichen Grundlage der Familienplanung gewidmet. Da es noch kein nationales Geburtenplanungsgesetz gibt, wird gute Vorbereitungsarbeit für ein solches Gesetz gefordert und zugleich auf die Verbesserung der lokalen Bestimmungen zur Familienplanung gedrungen.

Kapitel 4 setzt sich mit der Propaganda und Erziehung auseinander, die eingesetzt werden sollen, um die Auffassun-

gen der Bevölkerung über Geburt und Kinderkriegen zu verändern. Hier wird der Zusammenhang zwischen Reproduktionsverhalten und Bildungsniveau betont. Deshalb werden die Entwicklung des Bildungswesens und insbesondere die Anhebung des Bildungsniveaus der Frau gefordert, und es wird auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Programme verwiesen, nämlich das Gesetz über die neunjährige Schulpflicht, die Bestimmungen zur Abschaffung des Analphabetentums, das Programm zur Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens und das Programm über die Erziehung zu Patriotismus. Für die Propaganda sollen Rundfunk, Fernsehen, Presse sowie Literatur und Kunst eingesetzt werden. Dabei soll der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Ressourcen propagiert werden. Der Bevölkerung soll der Zusammenhang zwischen lang- und kurzfristigem Nutzen sowie zwischen den Interessen des Staates und der Familie klargemacht werden. Alle Hoch- und Mittelschulen, alle Erwachsenenbildungseinrichtungen und sonstige Schulen müssen Kenntnisse über Familienplanung vermitteln. Außerdem sollen entsprechende Massenaktivitäten organisiert werden. Es soll ein Netz von Zentren für Propagierung von Familienplanung sowie von Schulen und Kursen für Bevölkerungslehre errichtet werden. Bis zum Jahr 2000 sollen alle Rundfunk- und Fernsehsender auf Provinzebene, 85% aller Radiostationen auf Gebiets/Kreisebene und 70% aller städtischen Fernsehsender Sonderprogramme über Bevölkerungsfragen und Geburtenplanung eingerichtet haben.

Kapitel 5 macht Ausführungen zur Basisarbeit auf dem Lande. Die beiden untersten Verwaltungsebenen, nämlich Gemeinde und Dorf, müssen das erforderliche Personal für Geburtenplanung bereitstellen; dieses soll nebenamtlich tätig sein und entlohnt werden. Besonders hingewiesen wird auf die Wanderbevölkerung, die entsprechend dem "Gesetz zur Kontrolle der Geburtenplanung bei der Wanderbevölkerung" kontrolliert werden muß.

Die Intensivierung der Forschung hinsichtlich Geburtenplanung, Verhütung (hier auch im Rahmen der chinesischen Pharmazie) und Eugenik sowie die Verbesserung der Verhütungsmethoden und die internationale Zusammenarbeit sind Gegenstand von Kapitel 6, ebenso die Errichtung technischer Dienstleistungs-

zentren für Familienplanung an der Basis und entsprechender Einheiten auf Kreisebene sowie deren Ausstattung.

Kapitel 7 enthält Bestimmungen über die Planungskontrolle und die Statistikerarbeit, weil es auf diesem Gebiet besondere Defizite gibt. Verboten sind Verheimlichung oder fehlerhafte Meldung von Geburten. Zur besseren Kontrolle sollen alle Kontrollinstanzen von der Kreisebene an aufwärts bis zum Jahr 2000 ein Informationsnetz über Geburtenplanung aufgebaut haben, in dem Daten über Frauen im Heiratsalter und über die Familienplanungsarbeit gespeichert sind.

In Kapitel 8 werden verstärkte Investitionen gefordert. Bis Ende 1995 sollen die Finanzverwaltungen jährlich pro Kopf 2 Yuan für die Familienplanung ausgeben; bis 2000 sollen sich die Investitionen weiter erhöhen. Bis Ende 1995 sollen die meisten Kreise und Städte Dienstleistungsstationen für Geburtenplanung errichtet haben, bis 2000 sollen diese verbessert und entsprechende Zentren auf Gemeinde- und Dorfebene errichtet werden. Produktion und Verteilung von Verhütungsmitteln sollen besser organisiert werden. Unterentwickelte Gebiete sollen unterstützt werden.

Schließlich sollen die verantwortlichen Kader und das zuständige Personal besser geschult werden (Kapitel 9), die politische Führung gestärkt und die umfassende Kontrolle gewährleistet werden, u.a. durch Einhaltung des Ehegesetzes und der Bestimmungen über die Registrierung von Eheschließungen, insbesondere also Verhinderung früher Heiraten, früher Geburten und nichtehelicher Geburten (Kapitel 10).

Dieses Regierungsprogramm hat für die Familienplanungsarbeit bis zum Jahr 2000 bindende Kraft, zumal es bislang kein nationales Gesetz zur Geburtenplanung gibt; lediglich einzelne Provinzen haben bisher Bestimmungen erlassen, aber auch sie haben sich an dieses Programm zu halten. Das Dokument steckt den verbindlichen Rahmen ab und legt zugleich die Grundlagen für die Bevölkerungspolitik im nächsten Jahrhundert. Von den Erfolgen in der Geburtenplanung während der neunziger Jahre dieses Jahrhunderts wird es abhängen, ob sich die Erreichung der 1,5-Mrd.-Marke bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts hinausschieben lassen wird oder ob diese Marke sehr viel eher, nämlich bereits im zweiten oder dritten Jahrzehnt des 21. Jh. erreicht sein wird.

Selbst chinesische Bevölkerungsexperten glauben inzwischen nicht mehr daran, daß sich die Bevölkerungsziffer bis zum Jahr 2000 unter 1,3 Mrd. halten lassen wird. -st-

*(20)

Chinesisches Staatsfernsehen ab 1996 weltweit

China Central Television (CCTV), die zentrale staatliche Fernsehstation der VR China, wird mit Beginn des Jahres 1996 weltweit zu empfangen sein. Damit wird zum erstmalig ein Fernsehprogramm auf Chinesisch in der ganzen Welt zu sehen sein. Möglich wird dies durch ein kürzlich geschlossenes Abkommen, das es CCTV erlaubt, den US-amerikanischen Satellitendienst PanAmSat (PAS) zu benutzen. Seit Ende letzten Jahres sendet CCTV über den Satelliten PAS-2 in Asien und Teilen Nordamerikas. PAS-3 soll Ende dieses Jahres in eine Umlaufbahn über dem Atlantik gebracht werden. Über ihn kann CCTV dann Amerika, Europa und Afrika erreichen. Durch das mit PanAmSat geschlossene Abkommen wird das chinesische Staatsfernsehen ein Publikum von mehr als 40 Millionen Chinesen außerhalb Chinas erreichen. Wie von seiten PanAmSats verlautete, ist es das Ziel von CCTV, durch seine weltweit ausgestrahlten Programme den Kontakt zu den Auslandschinesen zu halten - einmal, um diese an den Geschehnissen in China teilhaben zu lassen, zum anderen, um die kulturellen Bande der Kinder von im Ausland lebenden Chinesen mit China nicht abreißen zu lassen. (FT, 8.2.95; SCMP, 8.2.95) Das Staatsfernsehen wird also bewußt als kulturpolitisches Instrument auch außerhalb der Grenzen Chinas eingesetzt. Überdies offenbart sich in den Motiven eine konservative Kulturpolitik, die die Chinesen in aller Welt ans Mutterland binden will. -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Außenhandel 1994

Auf der Basis der Statistik der Zollbehörde Chinas erreichte der Außenhandel im Jahre 1994 ein Volumen von insgesamt 236,70 Mrd.US\$ und stieg damit um 20,9% gegenüber 1993.

Im letzten Jahr beliefen sich die Exporte auf 121 Mrd.US\$ (+31,9%) und die Importe auf 115,7 Mrd. US\$ (+11,2%), so daß ein Handelsbilanzüberschuß in Höhe von 5,3 Mrd.US\$ erreicht werden konnte. Wird der marktübliche US-Wechselkurs zugrundegelegt, dann stieg der Beitrag des Außenhandels am BSP von 38% im Jahre 1993 auf 45% im Jahre 1994.

Die Warenstruktur im Außenhandel war wiederum durch einen zunehmenden Beitrag der weiterverarbeiteten Produkte zu den Gesamtexporten charakterisiert, der 1994 einen Wert von 101,33 Mrd.US\$ (+34,9%) ausmachte. Der prozentuale Anteil an den Gesamtexporten erhöhte sich 1994 auf 83,7% (1993: 81,8%). Bekleidung war mit einem Anteil von 23,72 Mrd.US\$ (+28,7%) einer der wichtigsten Devisenbringer, auf Textilien und verwandte Produkte entfiel ein Exportwert von 11,83 Mrd. US\$ (+35,8%), auf Schuhe 5,71 Mrd. US\$ (+12,9%) und auf Spielzeug 3,06 Mrd.US\$ (+16,5%).

Regional betrachtet entfielen auf die elf östlichen Küstenprovinzen Exporte in Höhe von 97,71 Mrd.US\$ (+33,8%), die restlichen Provinzen exportierten Waren im Werte von 23,29 Mrd.US\$ (+24,3%) (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 12.1.95)

In ausgewählten Provinzen entwickelte sich der Außenhandel wie folgt:

Provinz Guangdong:

Die Provinz realisierte Exporte in Höhe von 50,2 Mrd.US\$, ein Anstieg um 34,2% gegenüber 1993. Der Beitrag Guangdong zum Gesamtexport belief sich auf 40%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 25.2.95, nach SWB, 1.3.95)

Provinz Sichuan:

1994 erwirtschaftete die Provinz Exporteinnahmen in Höhe von 2,27 Mrd. US\$, 37% mehr als 1993. Der gesamte Außenhandel belief sich auf ein Volumen von 3,68 Mrd.US\$ (+26,3%). (Xinhua News Agency, in English, 19.2.95, nach SWB, 1.3.95)

Provinz Jiangsu:

Die Exporte der Provinz Jiangsu beliefen sich 1994 auf 8,1 Mrd. US\$ (+49,9%). Das Gesamtvolumen des Außenhandels erhöhte sich um 47,2% und erreichte 12,8 Mrd.US\$. Damit stieg Jiangsu hinter Guangdong und Shanghai zum drittgrößten Export-

teur landesweit auf. Der Anteil der weiterverarbeiteten Produkte an den Gesamtexporten machte 1994 89,8% aus.

Zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in der Provinz gestanden die zuständigen Außenhandelsorganisationen auf Provinzebene mehr Unternehmen und Institutionen Exportlizenzen zu. In den 64 Kreisen der Provinz erhielten 31 Außenhandelsgesellschaften solche Lizenzen. Diese Unternehmen exportierten 1994 Waren im Werte von 2,26 Mrd.US\$ (+72,3%). (Xinhua News Agency, in English, 15.1.95, nach SWB, 1.2.95)

Provinz Yunnan:

Der Exportwert im Jahre 1994 belief sich auf 897 Mio.US\$ (+71,5%), während die Importe 420 Mio. US\$ (+32,5%) ausmachten. Der Grenzhandel wies ein Volumen von 3,5 Mrd. US\$ auf (+22%). (Yunnan Ribao, 25.1.95, nach SWB, 1.3.95)

Provinz Ningxia:

Der Außenhandel von Ningxia stieg 1994 um rd. 25% auf 179 Mio.US\$. Auf die Exporte entfiel ein Anteil von 146 Mio.US\$ (+32%). (Xinhua News Agency, in English, 31.1.95, nach SWB, 8.2.95)

Provinz Fujian:

Das Gesamtvolumen der Exporte wird für 1994 mit rd. 8,064 Mrd.US\$ angegeben (+42%). Auf die Unternehmen mit Auslandskapital entfiel ein Exportwert von 4,15 Mrd.US\$ (+38,2%). In der Sonderwirtschaftszone Xiamen wurde ein Exportvolumen von 3,227 Mrd.US\$ erwirtschaftet (+44,81%). Das Volumen der Gesamtimporte der Provinz stieg 1994 um rd. 18%. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 25.1.95, nach SWB, 8.2.95) -schü-

*(22)

China lenkt im Copyright-Konflikt ein

In der Auseinandersetzung zwischen den USA und China über die Einhaltung der Urheberrechte an Musik, Software, Filmen, Literatur, Pharmazie etc. hat das Einlenken Chinas Ende Februar d.J. einen Handelskrieg in letzter Minute verhindert.

Die USA hatten China bis zum 26.2.95 ein letztes Ultimatum gesetzt und Strafzölle in einer Höhe von rd. 1 Mrd.US\$ angedroht, die nach Angaben der ame-